

Politiker wollen Impffolge lockern

Grund: Astra-Zeneca-Ablehnung

VON BASIL WEGENER

Berlin. Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann hält die hohen Anforderungen an den Datenschutz für hinderlich im Kampf gegen die Corona-Pandemie. „Es kann nicht der Weisheit letzter Schluss sein, dass wir uns in einer Pandemie so einmauern beim Thema Datenschutz, dass wir lieber massiv in andere Grundrechte und die Lebensverhältnisse der Bürger eingreifen, und das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung völlig unangetastet lassen“, sagte der Grünen-Politiker der „Welt am Sonntag“. Aufgrund des Datenschutzes sei die Corona-Warn-App „nur eine Krücke“.

Kretschmann plädierte dafür, die Priorisierungen beim Impfen zu lockern, sollte Impfstoff wegen der Zurückhaltung von Menschen nicht genutzt werden. Die Priorisierung sei wichtig, zumindest solange der Impfstoff Mangelware sei. „Zugleich können wir es uns nicht leisten, dass Impfstoff herumsteht und nicht verimpft wird, weil Teile der Berechtigten ihn ablehnen. Dann müssen wir dieses strenge Regiment auflockern und Menschen impfen, die nach der Priorisierung noch nicht an der Reihe wären“, betonte Kretschmann. Insbesondere dieser Impfstoff trifft bei einigen Menschen auf Vorbehalte. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) sagte dazu der „Bild am Sonntag“: „Bevor er liegen bleibt, impfen wir will. Es darf keine Dose von Astra-Zeneca übrig bleiben oder weggeschmissen werden.“

Ruf nach mehr Freiheiten

Derweil wird wenige Tage vor den neuen Bund-Länder-Beratungen der Ruf nach mehr Freiheiten lauter. Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) kündigte an, ab Frühling könne es gängige Praxis werden, dass Gaststätten, Museen und Geschäfte öffnen. Dafür sollen sie bei Kunden Schnelltests durchführen, wie sie „Bild am Sonntag“ sagte.

Der Saarbrücker Experte für Corona-Prognosen, Thorsten Lehr, betonte: „Auch wenn die Lockerungen moderat sind, werden sie sich auswirken.“ Er gehe von einer Virusausbreitung im Land wie vor Weihnachten im April aus. Denn ab 7. März werde es wohl rund 20 Prozent mehr Kontakte geben. Die Kombination mit der Virus-Mutante bringe einen starken Anstieg. Auch ohne Lockerung würde Anfang April die 100-er-Inzidenz erreicht. Der Ärztliche Koordinator zur Bewältigung der Pandemie im Kreis Starnberg, Bernhard Junge-Hülsing, sagte der „Süddeutschen Zeitung“, es sei vorschnell, wenn viele Menschen jetzt auf Masken verzichten und die Behörden die Schulen öffnen. „Es besteht eine große Gefahr, dass wir in zwei, drei Wochen wieder in den Lockdown müssen.“

Streitfall Auslandseinsätze

Linke vor schwierigem Kompromiss

Berlin. Mit Appellen für mehr Selbstbewusstsein und Geschlossenheit in ihrer Partei haben die neuen Parteichefinnen der Linken, Janine Wissler und Susanne Hennig-Wellsow, ihre Arbeit aufgenommen. Die hessische Landtagsfraktionschefin der Linken und die thüringische Landesvorsitzende wurden am Sonntagabend bei einem Online-Parteitag zum neuen Führungsduo der Linken gewählt. Anschließend war von einem Aufbruch die Rede. Beim Parteitag wurde aber auch klar: Bei der wichtigen Frage, ob und unter welchen Bedingungen sich die Linke an einer Bundesregierung beteiligen würde, ist sie weiterhin gespalten.

Hennig-Wellsow warb für ein Bekenntnis ihrer Partei, auch im Bund Regierungsverantwortung übernehmen zu wollen. Die Frage quält die Partei seit langem: Will man mitregieren und Dinge durchsetzen oder nicht, weil man damit zu Kompromissen gezwungen würde, die den Markenkern aufweichen? Ein Knackpunkt ist hier vor allem die Außen- und Sicherheitspolitik. Im Parteiprogramm werden Auslandseinsätze der Bundeswehr strikt ausgeschlossen. Bei möglichen Koalitionsverhandlungen mit Grünen und SPD nach der Bundestagswahl im Herbst wäre das eine der größten Hürden.

Beim Parteitag warnten einige Redner vor Kompromissen beim Thema Auslandseinsätze. Und bei der Wahl der Stellvertreterposten gab es einen deutlichen Hinweis auf die Stimmung in der Partei: Der Bundestagsabgeordnete und Verteidigungspolitiker Matthias Höhn unterlag gegen seinen Abgeordnetenkollegen Tobias Pflüger. Pflüger findet, die Linke dürfe nicht von ihrer Ablehnung von Auslandseinsätzen abweichen, „nur damit wir angeblich regierungsfähig sind“. Höhn dagegen ist der Ansicht, zumindest bei UN-Blauhelmeinsätzen sollte die strikte Position überdacht werden. DPA

Kommentar Seite 2

Bis zum letzten Überlebenden

Ermittlungen gegen Nazi-Verbrecher werden auf Wehrmacht ausgeweitet

VON MARTIN OVERSOHL

Ludwigsburg. Das dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte steht säuberlich aufgeteilt auf gelben Karteikärtchen. Alphabetisch geordnet nach Namen und Orten des Schreckens und archiviert in den Registrierkästen und Dutzenden Rollschubladen der Zentralen Stelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg. Ein Ort des archivierten Grauens, aber auch eine Stätte der Befreiung und der Rechtsgeschichte. Nun nehmen die NS-Experten neue Gruppen in den Blick.

„Moment, hier haben wir ihn“, sagt Thomas Will, der Leiter des Hauses, greift in den Kasten mit der Aufschrift „Danh-Desz“ und zieht eine kleine Klarsichthülle mit beschrifteten Karten heraus. „Demjanjuk“, steht darauf, ein paar Orte werden noch erwähnt, Jahreszahlen und die Vorwürfe gegen den einstigen Wachmann des deutschen Vernichtungslagers Sobibor in Polen, der 2011 verurteilt wurde, ohne dass ihm eine konkrete Tat nachgewiesen werden konnte. Ein Impuls, ein Paukenschlag auch in der deutschen Justizgeschichte. Ergänzt mit Schreibmaschine auf der Karteikarte: das Todesdatum.

Denn John Demjanjuk lebt nicht mehr. Und das gilt auch für die weitaus meisten Menschen, die sich hinter den Namen auf den insgesamt 1,75 Millionen Karten verbergen. Die Arbeit des 21-köpfigen Teams von Will ist mehr denn je ein Rennen gegen die Zeit. Die Ermittler, Staatsanwälte, Richter, sie alle wissen, dass es nicht mehr lange dauern wird, bis sie ihre letzte Akten schließen müssen, weil sie alle Verdächtigen überlebt haben. „Die Zentrale Stelle wird ihre Arbeit

„Dem Blick auf einen erweiterten Täterkreis kann man sich nicht verschließen.“

Thomas Will, Leiter der Ermittlergruppe

erst einstellen, wenn niemand mehr am Leben ist, gegen den man ermitteln könnte“, sagt Will. Wann das sei? „Wir müssen auf Sicht fahren. Ich sehe ein Ende, aber ich sehe dieses Ende jedenfalls in den beiden kommenden Jahren noch nicht.“

Allerdings geht die Zahl der bundesweiten Ermittlungen gegen Beschuldigte zurück, denen Verbrechen während der NS-Herrschaft in Konzentrationslagern vorgeworfen werden. Beschuldigte sind zu alt, sie sind verhandlungsunfähig oder sterben, bevor ihre Akte übergeben werden kann. Derzeit sind nach Angaben der Zentralen Stelle neben drei Angeklagten in Wuppertal, Itzehoe und Neuruppin noch acht weitere Ermittlungsverfahren bei deutschen Staatsanwaltschaften anhängig. Acht weitere ehemalige Angehörige von Konzentrationslagern sind ermittelt. Es wird geprüft, ob ihre Fälle an die Anklagebehörden abgegeben werden.

Für Thomas Will spielt das Alter eines Angeklagten keine wesentliche Rolle. „Wir sind rechtsstaatlich gebunden“, sagt er. „Wenn er die Taten begangen hat oder wenn zumindest der Anfangsverdacht gegeben ist, dann braucht es kein Mitleid, dann wird das einfach aufgeklärt.“ Das gilt auch für einen Bereich, den die Mitarbeiter der Bundesländer-übergreifenden Ermittlergruppe erst jetzt für ihre Arbeit entdecken. Denn Verbrechen wurden nicht nur in den Konzentra-



Einsatzgruppen im Visier: Oberstaatsanwalt Thomas Will, Leiter der Zentralstelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg. FOTO: SEBASTIAN GOLLNOW/DPA

tionslagern verübt, auch mögliche Straftaten von Soldaten der Wehrmacht gegen insbesondere sowjetische Kriegsgefangene sollen nun ein juristisches Nachspiel haben. „Wir haben geprüft, ob wir die Rechtsprechung auch auf die Kriegsgefangenenlager der Wehrmacht erweitern können, etwa die sogenannten Stammlager, abgekürzt Stalags“, sagt Will. „Auch dort hat es verheerende Lebensumstände gegeben und unglaublich hohe Todeszahlen.“

Insgesamt überprüft die Behörde derzeit sieben frühere Soldaten wegen des Verdachts der Beihilfe zum Mord. Sie sollen einige der Lager bewacht haben, in denen insgesamt bis zu 3,3 Millionen der etwa 5,7 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen starben. „In unserer Zentralkartei befinden sich etwa 250 Lager mit Informationen zu den

Wachleuten, die dort eingesetzt waren“, erläutert Will, der die Behörde seit Oktober leitet. „Und ich hoffe, dass wir von den sieben bisher eingeleiteten Verfahren zumindest einige abgeben können.“

Das soll aber nicht alles gewesen sein: Denn die Rechtsprechung könnte auch für die Einsatzgruppen gelten, die als mobile Mordkommandos der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes nach dem Einmarsch deutscher Truppen vor allem in Polen und später in der Sowjetunion planmäßige Massaker verübt haben. „Dem Blick auf einen erweiterten Täterkreis kann man sich nicht verschließen. Wir arbeiten derzeit an einem Fall und versuchen, diese Frage exemplarisch durchzudeklinieren“, sagte Will. „Da bin ich selbst gespannt, zu welchem Ergebnis wir kommen werden.“

JUSTIZ

Oberstaatsanwalt: Zu viele Verfahren eingestellt

Berlin. Deutsche Anklagebehörden stellen nach Angaben des Berliner Oberstaatsanwalts Ralph Knispel mehr als jedes zweite Verfahren ohne Anklage ein. Ermittler seien überlastet, die Zeit fehle und die Akten würden immer dicker, schreibt der langjährige Ermittler in seinem Buch „Rechtsstaat am Ende“. Die Zustände in der Justiz seien katastrophal, die innere Sicherheit sei in Gefahr. Seit 2010 habe die Verfahrensdauer im Schnitt um 20 Prozent zugenommen – mit dem Ergebnis, dass Prozesse oft nicht fristgemäß beginnen könnten. Demnach kamen 2019 wegen zu langer Untersuchungshaft 69 Menschen wieder auf freien Fuß, die teils schwerster Verbrechen verdächtigt wurden. In Berlin könnten rund 55 Prozent der Kriminellen davon ausgehen, nicht belangt zu werden, so der Ermittler. Die Hauptstadt habe bundesweit den Spitzenplatz bei der Anzahl der Straftaten pro 100.000 Einwohner (2019: 14,086) und zugleich die niedrigste Aufklärungsquote (2019: 44,7 Prozent). DPA

RECHTSEXTREMISMUS

Mittel für Projekte zur Prävention blockiert

Berlin. Kurz nach den Jahrestagen der rechtsextremen Anschläge von Halle und Hanau verzögern Unstimmigkeiten in der Bundesregierung die Finanzierung von Projekten gegen Antisemitismus und Rassismus. Laut Unterlagen verweigern Ressorts die Mitzeichnung des Abschlussberichtes an den Kabinettsausschuss unter Kanzlerin Angela Merkel (CDU). Hintergrund ist die fehlende Freigabe von Mitteln aus dem Haushalt 2021 durch das Bundesfinanzministerium. Ohne die Mittel könnten Projekte nicht beginnen, heißt es. Nach den rechtsextremen Morden von Hanau 2020 und dem antisemitischen Anschlag von Halle im Jahr zuvor hatte der Kabinettsausschuss zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus im November vergangenen Jahres ein 89 Punkte umfassendes Papier verabschiedet. Damit sollten rasch konkrete Vorhaben zur Rassismusbekämpfung und gegen Extremismus angegangen werden. Im Haushalt 2021 sind dafür bereits 150 Millionen an globalen Mehrausgaben eingeplant. DPA

GEWALT IN PARTNERSCHAFT

Bundesregierung plant wissenschaftliche Studie

Berlin. Das Bundesfamilien- und das Innenministerium wollen eine Studie zu Gewalt in der Partnerschaft veranlassen. Es solle um „Gewalt gegen Frauen und Männer insbesondere im Bereich von Partnerschaften und sexualisierter Gewalt“ gehen, sagte eine Sprecherin des Familienministeriums. Das Bundeskriminalamt ist ebenfalls beteiligt. In Deutschland fehle es an „aktuellen, wissenschaftlich gesicherten Erkenntnissen zu Verbreitung, Ausmaß und Formen von Gewalt gegen Frauen und Männer“, sagte die Sprecherin. „Mit der wissenschaftlichen Studie sollen valide Daten ermittelt werden, um zielgenauer Unterstützungs- und Hilfsangebote auf- und ausbauen zu können.“ Geplant ist eine so genannte Dunkelfeldstudie. Während in der Kriminalstatistik immer nur jener Teil der Fälle auftaucht, der der Polizei bekannt wird – das Helffeld – versucht man hier mit einer repräsentativen Befragung zu ermitteln, wie viele Menschen insgesamt betroffen sind. DPA

ANZEIGE

Werkstatt direkt vor Ort im Ladengeschäft!

HB-POLSTEREI
Polstererei und Möbel

Neubezug und Reparatur von Polstermöbeln aller Art
z. B. Sessel, Couch, Eckbank, Stuhl, Bett, Antik-Möbel, Wohnmobile, Sonderanfertigungen u.v.m.

++ Zu ihrer und unserer Sicherheit während der Corona Situation werden wir natürlich in entsprechender Schutzkleidung kostenlos und unverbindlich zu Ihnen kommen ++

Schauen Sie sich unsere Arbeitsbeispiele unter www.polstererei-und-möbel.de an.

Frühlingsangebot
gültig bis 20. März 2021*

- auf alle Möbelstoffe, echtes Leder und Schaumstoff **35% Rabatt**
- bei Neubezug von 6 Stühlen bekommen Sie **2 Stühle gratis***
- bei Holzaufarbeitung von 6 Stühlen bekommen Sie **3 Stühle gratis*** bis auf Lackierung
- bei Neubezug von einer Eckbank mit 2 Stühlen bekommen Sie die Aufpolsterung für **2 Stühle gratis***
- bei Neubezug von einem Sessel und einem Hocker bekommen Sie den **Hocker gratis***
- bei Neubezug einer Couch 3er, 2er, 1er und Hocker bekommen Sie den **Sessel und Hocker gratis***

Unsere Stoffe sind: Teflonbeschichtet von antik bis modern - 65.000-100.000 Scheuerbeständigkeit - Imprägniert - mit Fleckenschutz - Öl-/Wasserabweisend

Über 20 Jahre Erfahrung Kostenloser Hol- & Bringservice Seit über 4 Jahren für Sie in Huchting vor Ort!

5 Jahre GARANTIE auf unsere Arbeit Stoff und Leder

Hermannsburg 171a · 28259 Bremen · hbpolstererei@gmail.com · www.polstererei-und-möbel.de · Öffnungszeiten: Montag – Samstag 8 – 18 Uhr · Telefonische Terminvereinbarung unter 0421 / 49 95 44 29